

Die Normalisierung des Rechtspopulismus

von Ruth Wodak¹

Graduelle Normalisierungsprozesse

Die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 haben in den verschiedenen nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten sowie in den europäischen Organisationen selbst große Besorgnis ausgelöst: Obwohl durch Meinungsumfragen vorhergesagt, war es letztlich dennoch überraschend, dass die französische rechtsextreme Partei *Rassemblement National* in Frankreich (mit knapp 23,3 Prozent) und die Brexit-Partei in Großbritannien (mit 30,52 Prozent) jeweils den ersten Platz belegten (siehe Mudde 2019, 27). In Italien konnte die *Lega*, die Partei des ehemaligen italienischen Innenministers Matteo Salvini, 38 Prozent erreichen, indem sie vorrangig auf zwei Themen setzte, die sich beide auf die Auswirkungen der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von 2015 bezogen: „Ein Europa, das seine Bürger schützt“ und „Ein Europa, das unsere Lebensweise bewahrt“. Gerade diese Themen wurden in den EU-Mitgliedstaaten und in den Programmen von etablierten Parteien rekontextualisiert, die vormalig in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt waren, jetzt aber als national-konservativ gelten müssen (siehe Rheindorf und Wodak 2019). Wie der Politikwissenschaftler Cas Mudde (ebd., 33) feststellt, diskutieren konservative Mainstreamparteien nun offen über Einwanderung und Multikulturalismus als Bedrohung der nationalen Identität und Sicherheit. So kann man legitimerweise festhalten, dass die „politische Mitte“ nach rechts gerückt ist.

Tatsächlich findet, wie in Wodak (2020) ausgeführt, eine *Orbánisierung* Europas statt. Mit anderen Worten: Die nativistischen Botschaften des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, seine wiederholten Warnungen vor einer angeblichen islamischen Bedrohung

für die „christliche Zivilisation“ Europas haben ein starkes Echo gefunden. Obwohl die Europäische Volkspartei (EVP) die rechtspopulistische Partei *Fidesz* offiziell suspendiert hat, wurde die *Fidesz*-Abgeordnete Livia Járóka als eine der 14 VizepräsidentInnen des Europäischen Parlaments wiedergewählt. Außerdem haben Orbán und die Visegrad-Länder, wie aus den langwierigen Verhandlungen hinter den Kulissen über die Nominierung der Präsidenten des Parlaments und der Europäischen Kommission durchgesickert ist, erfolgreich die Wahl des niederländischen Sozialdemokraten Frans Timmermans zum Kommissionspräsidenten verhindert. Timmermans hatte wiederholt Orbáns „illiberale“ und autoritäre Politik sowie seine antisemitischen Kampagnen gegen George Soros kritisiert². Wie der Politikologe Jan-Werner Müller (2018, 118) korrekt zusammenfasst: Bis heute hat es in keinem Land Westeuropas oder Nordamerikas ein Rechtspopulist ohne Hilfe ins Amt geschafft. Dazu hat es stets konservative Kollaborateure aus dem Establishment gebraucht. Wo immer Konservative und Christdemokraten sich gegen die Unterstützung von Rechtspopulisten entscheiden, haben letztere keinen Erfolg gehabt.

Natürlich waren – historisch gesehen – gesellschaftspolitische und diskursive Veränderungen immer dialektisch miteinander verbunden und voneinander abhängig. Und natürlich wurden neue Normen und Werte und ihre diskursiven Verwirklichungen selten ohne starke Interventionen, Skandalisierung und Krise akzeptiert; mit anderen Worten, was der Kulturtheoretiker Jürgen Link (2019, 153) als „Prozesse der Denormalisierung“ bezeichnet. Es ist jedoch wichtig, zwischen top-down, intentionalen Veränderungen, die durch massive Macht und Strafandrohungen in totalitären/autoritären Regimen herbeigeführt wurden, und schrittweisen Veränderungen in liberal-demokratischen Ländern zu unterscheiden. Im ersten

1 Ruth Wodak ist Em. Distinguished Professor of Discourse Studies (Diskursforschung) an der Lancaster University (UK) und o. Univ.-Professorin i.R. für Angewandte Linguistik an der Universität Wien. 1996 erhielt sie den Wittgenstein Preis für Elite-WissenschaftlerInnen. Weitere Informationen unter: <http://www.lancaster.ac.uk/linguistics/about-us/people/ruth-wodak>.

2 <https://www.derstandard.at/story/2000097132905/orban-attackiert-timmermans-und-soros> (abgerufen am 5.1.2020).

Fall, wie ihn beispielsweise Victor Klemperer (2015) für den Nationalsozialismus oder Gilles Guilleron (2010) für den Stalinismus beschrieben haben, werden den jeweiligen Menschen und Öffentlichkeiten quasi neue, ideologisch begründete Realitäten *aufgezwungen*. Im letzteren Fall, um den es mir in diesem Beitrag geht, geschehen Veränderungen durch Machtkämpfe um Hegemonie, Schritt für Schritt und über die Zeit hinweg. Alle Veränderungen als „Normalisierung“ zu bezeichnen, stellt daher – meiner Meinung nach – eine inflationäre Verwendung dieses Konzepts dar.

Dementsprechend führt Link (2018, 2019) anhand vieler Beispiele aus, dass solche Prozesse in Zeiten stattfinden, in denen die „normale Demokratie“ (*Normaldemokratie*) den antagonistischen Gegensatz zwischen der traditionellen Linken und Rechten nicht ausgleichen kann. Dieser hegemoniale Konsens sei, so Link, zum Beispiel durch die vielen Krisen seit 2007 gestört worden. Link (2019, 154) kommt zu dem Schluss, dass der Aufstieg des linken und rechtsextremen Populismus nicht als „anormal“ zu betrachten ist; ganz im Gegenteil, er bringt wichtige Forderungen und Notwendigkeiten zum Ausdruck, er fordert die „alten Systeme“ heraus, mit der „scheinbaren Normalisierung der Prekarisierung, den kurzfristigen Veränderungen der Mindestlohnarbeitsplätze, die insbesondere ältere arbeitende Frauen nicht bewältigen können, und der erzwungenen Binnenmigration“ fertig zu werden. Populismen an sich sind somit nicht als „normative Sünden“ gegen das Zentrum zu bewerten, sie sollten vielmehr zu Diskussionen über die Antagonismen, über Themen, Strategien und Interessen führen, die zum Beispiel in der so genannten „Flüchtlingskrise“ an den Rand gedrängt oder tabuisiert wurden:

Die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 kann als ein zweistufiger Zusammenbruch der Normalitätsklassen im Mittelmeerraum charakterisiert werden, dessen Ursache wiederum ein Antagonismus in Folge der militärischen Intervention der höheren Normalitätsklassen in die unteren war („Fluchtursachen“). (ebd., 155)

Wenn also Antagonismen, d.h. Konflikte und gegensätzliche Interessen, nicht offen diskutiert werden, eröffnen sich den Populisten „günstige Gelegenheiten“. Populistische Parteien instrumentalisieren solche Chancen für ihre vielfältigen Interessen und Politiken – im Falle der Rechtsextremen durch die Betonung von nativistischem Nationalismus und Rassismus.

Der Rechtsruck der konservativen, christlich-demokratischen Parteien wird auch durch mehrere empirische, quantitative und qualitative Studien über Tweets und Facebook-Postings sowie Wahlprogramme belegt –im Fall von Schwörer (2018) für eine Reihe von italienischen Mainstream-, populistischen und rechtsextremen Parteien und im Fall von Manucci und Weber (2017) für 39 Parteien aus der Schweiz, Österreich, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Zusammengefasst kommen diese Studien zu dem Schluss, dass –sobald rechtspopulistische Konkurrenten die Bühne betreten –dies zu einer „Rechtspopulierung des rechten Flügels“ (Schwörer 2018, 19) führt. Dementsprechend verschärfen und erweitern die konservativen Mainstream-Parteien ihre Anti-Immigrationspolitik.

In ähnlicher Weise erlaubt Krzyżanowski (2020) detaillierte Analyse der Normalisierung des Rassismus in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern, insbesondere im öffentlichen Diskurs in Polen, die verschiedenen Schritte nachzuvollziehen, durch die explizit rassistische, antimuslimische, und ausländerfeindliche Diskurse von der Regierungspartei PiS seit Ende 2015 verbreitet werden. Dabei stützt sich diese auf kollektive Stereotypen, die mit dem massiven traditionellen polnischen Antisemitismus in Verbindung stehen. Krzyżanowski unterscheidet zwischen drei Stufen: Das „*enactment*“, bei dem der neue Diskurs durch eine „diskursive Verschiebung“ in die Öffentlichkeit eingeführt wird; die „*graduation*“, die die Aufrechterhaltung der alten bestehenden Diskurse und die Diffusion und Integration der neuen Elemente markiert; und schließlich die „*Normalisierung*“, durch die sich die Normen tatsächlich ändern (ebd., 7-8).

Die Normalisierung erfolgt nicht auf einfache, direkte Weise. Vielmehr geht, wie Krzyżanowski und Ledin (2017) aufzeigen, mit solchen diskursiven Verschiebungen viel Ambivalenz einher, d.h. ein Borderline-Diskurs, der die Grenzen zwischen Höflichkeit und Unhöflichkeit, zwischen Zivilisiertheit und Unzivilisiertheit auslötet (ebd.), ganz ähnlich der Strategie der „kalkulierten Ambivalenz“ (Wodak 2015, 2019, 2020). Natürlich erfordern diese Schritte große Anstrengungen in Bezug auf Argumentations- und Legitimationsstrategien, die immer auch das routinemäßig Sagbare und Unsagbare in einem bestimmten Kontext berücksichtigen müssen (Wodak 2018). Die Forschung Krzyżanowskis zeigt beispielhaft, wie es der polnischen Regierung gelungen ist, über Bedrohungsszenarien eine insgesamt feindselige Haltung gegenüber Flüchtlingen (die als „illegale Migranten“ bezeichnet werden) zu schaffen, obwohl fast keine Muslime in Polen leben und seit 2015 nur insgesamt 628 (sic!) Flüchtlinge in Polen aufgenommen wurden. Die Paniken, die solchermaßen medial ausgelöst wurden, ähneln den einwanderer- und flüchtlingsfeindlichen Kampagnen in anderen EU-Mitgliedsstaaten; sie ähneln in vielen Punkten der Rhetorik, die z.B. von der österreichischen FPÖ, der italienischen Lega, der deutschen AfD und der britischen UKIP (jetzt Brexit) verwendet wird (siehe Triandafyllidou, Krzyżanowski und Wodak 2018).

Darüber hinaus ist es in anderen quantitativen und qualitativen Studien gelungen, solche normalisierenden und rekontextualisierenden, mehrstufigen diskursiven und politischen Veränderungsprozesse noch systematischer nachzuzeichnen, etwa durch die Untersuchung der täglichen Medienberichterstattung und vielfältiger anderer Textsorten (wie Reden, Parlamentsdebatten, Plakate und Gesetze) über einen bestimmten Zeitraum hinweg, der durch politisch relevante Ereignisse klar definiert war. So analysierten etwa Rheindorf und Wodak (2018) im österreichischen Kontext von 2015/16 alle Debatten über auffällige Konzepte, die in heftigen politischen Auseinandersetzungen zu einer Verdichtung unterschiedlicher ideologischer Positionen zu Integration, Migration, Asyl etc. führten. So konnten wir z.B. zei-

gen, wie der Begriff „*Integrationsunwilligkeit*“ Anfang 2015 den österreichischen Politik- und Mediendiskurs dominierte und wie die sogenannte „Flüchtlingskrise“ einer *Ökonomisierung* und *Securitization* unterworfen war.

Um die „Lebensgeschichte“ des Begriffs „Integrationsunwilligkeit“ nachzuzeichnen, kombinierten wir qualitative und quantitative linguistische Methoden, um seine Häufigkeit, Kollokationen, Kontextualisierung und Instrumentalisierung im Zuge der Legitimierung immer strengerer Politiken aufzuzeigen. In der Tat hat sich dieser Begriff, der zuvor nur von der FPÖ verwendet wurde, inzwischen als fester Bestandteil der österreichischen Medien und damit des öffentlichen Diskurses etabliert. Er markiert eine deutliche Verschiebung im politischen Diskurs über Integration –er ist zugleich ein Beispiel für die *Kulturalisierung* des Integrationsdiskurses –, die nun als Assimilation verstanden wird. So gelang es, die intertextuellen Verbindungen zwischen Parteipolitik und anderen Politikfeldern aufzudecken, die manchmal offensichtlich und manchmal in für viele verständlichen Codes verborgen sind. Normalisierungsprozesse umfassen die Eingliederung von Randideologien in den Mainstream –nicht nur der Politik, sondern auch der Populärkultur und anderer Felder –durch Rekontextualisierungen und Resemiotisierungen (also durch den Wandel von Wort zur Tat, von Ankündigung bis zum Bau einer Mauer oder eines Zaunes); derartige Prozesse verlaufen in der Regel von der Backstage zur Frontstage und über soziale Felder und Textsorten hinweg (Rheindorf und Wodak 2019, 306).

Ein Beispiel: Die österreichische türkis-grüne Koalition

Im neuen türkis-grünen Koalitionsvertrag in Österreich, der am 7. Januar 2020 zwischen ÖVP und Grünen geschlossen wurde, finden sich zur Überraschung und Bestürzung vieler drei explizite Vorschläge des FPÖ-Hardliners Herbert Kickl –ehemaliger Innenminister in der österreichisch-nationalkonservativen Koalitionsregierung (Dezember 2017 - Mai 2019) und seit Juni 2019 Klubchef der FPÖ. Das neue Koalitionsprogramm trägt den Titel „Schutz

der Grenzen und des Klimas“ und setzt damit das Nichtgleichzusetzende gleich³. Das Koalitionsprogramm enthält u.a. ein Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren an Schulen, die nicht nur wegen der möglichen Verletzung verfassungsrechtlicher Grundrechte umstrittene „Sicherungshaft“ für potentiell gefährliche AsylbewerberInnen und neue sogenannte „Rückkehrverfahrenszentren“ für abgelehnte AsylbewerberInnen.⁴ Offensichtlich wurden die durch viele Äußerungen von Kickl verursachten Skandale – welche auf eine frühe Phase der langsamen, aber schamlosen Demontage der österreichischen liberalen Demokratie hinweisen – abgetan, vergessen oder in den Hintergrund gedrängt, um die Bildung dieser Koalitionsregierung zu ermöglichen. Nur die Zeit wird zeigen, wie die Folgen eines solchen Normalisierungsprozesses zu bewerten sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Aspekte der normalisierten Vorschläge ausführlicher diskutieren, die – im Jahr 2019 – sogar zum prominenten Thema der internationalen Medienberichterstattung wurden, unter anderem in der *New York Times*, *The Atlantic* und *The Guardian*⁵. Dies ist angesichts Kickls provokanter Tabubrüche hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz sowie zahlreicher Anspielungen an die nationalsozialistische Rhetorik und revisionistische Vergangenheitspolitik tatsächlich nicht verwunderlich.

Erstens, in Bezug auf die sogenannte „Sicherungshaft“: Nachdem ein Verwaltungsbeamter in Vorarlberg von einem Migrant getötet worden war, der bereits mehrere Straftaten begangen, seinen Aufenthaltsstatus verloren hatte und Österreich hätte verlassen müssen, schlug Kickl vor, dass potenziell gefährliche MigrantInnen und Asylsuchende *präventiv* inhaftiert werden sollten. Welche Kriterien zur Bestimmung potenziell gefährlicher Personen herangezogen würden, blieb

jedoch völlig unklar und vage. Kickl bezeichnete diese Inhaftierung ohne Straftat euphemistisch als „Sicherungshaft“. Rechtsexperten und die politische Opposition – darunter auch die Grünen (!) – lehnten eine solche Maßnahme mit Nachdruck ab und wiesen darauf hin, dass sie gegen die österreichische Verfassung und die Grundsätze der Gleichheit und persönlichen Freiheit verstoße. Darüber hinaus rufen eine solche Maßnahme und ihr Name – obwohl ein Euphemismus – im österreichischen Kontext negative Assoziationen mit dem Begriff „Schutzhaft“ (natürlich ebenfalls ein Euphemismus) der Gestapo des Naziregimes hervor.⁶ Als er mit dieser Kritik konfrontiert wurde, erklärte Kickl, es sei ihm egal, ob sein Vorschlag gegen Gesetze oder gar die Verfassung verstoße: „weil ich es einfach satt habe, durch gesetzliche Vorschriften aufgehalten zu werden“. Kickl bekräftigte diese Aussage sogar, indem er in einem Fernsehinterview erklärte, dass „er immer noch der Meinung ist, dass der Grundsatz gilt, dass das Gesetz der Politik und nicht die Politik dem Gesetz folgen muss“⁷. Mit anderen Worten, die Gesetzgebung sollte dem Willen der Regierung folgen. Das Gesetz, auf das er sich hier bezieht, ist übrigens die Erklärung der Menschenrechte (die am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen verkündet wurde).⁸

Zweitens hat auch Kickls Vorschlag, „Aufnahmezentren“ für Asylbewerber und Flüchtlinge in „Ausreisezentren“ umzubenennen, für einen massiven Skandal und Debatten gesorgt: Die neue Bezeichnung implizierte, dass der sichere Hafen, der Ort⁹, an dem Flüchtlinge endlich nicht mehr um ihr Leben fürchten müssen, kein Ort zum Bleiben ist, sondern – per Definition – ein Ort, von dem aus man (sofort) wieder

3 Siehe <https://orf.at/stories/3149505/> (abgerufen am 5.1.2020).

4 Siehe <https://www.krone.at/20171342>; <https://www.derstandard.at/story/2000112860052/asylpolitik-haerten-kompromisse-und-ein-vorschlag-fuer-trouble-shooting> (abgerufen am 6.1.2020).

5 <https://www.nytimes.com/2019/05/20/world/europe/austria-minister-free-dom-party.html>; <https://www.theguardian.com/world/2018/jun/08/turkey-austria-close-mosques-expel-imams>; <https://www.theatlantic.com/international/archive/2019/03/europe-interior-minister-kickl-far-right/584845/> (abgerufen am 5.1.2020).

6 Der Nazi-Begriff „Schutzhaft“ bedeutete, dass Gegner des Regimes und andere unerwünschte Personen willkürlich und ohne zeitliche Beschränkung festgehalten wurden. Diese Inhaftierungen wurden zunächst vor allem von Mitgliedern nationalsozialistischer Organisationen wie der SA und der SS, später auch von der Gestapo, durchgeführt. Die Häftlinge wurden in von der nationalsozialistischen Partei kontrollierten Haftanstalten, den sogenannten Konzentrationslagern, inhaftiert und misshandelt. Es war den Gerichten nicht möglich, die Inhaftierung in einem Konzentrationslager in Frage zu stellen (u.a. Bauz, Brüggemann und Maier 2013; <https://de.wikipedia.org/wiki/Schutzhaft>; abgerufen am 19.4.2019).

7 <https://www.profil.at/oesterreich/video-kickl-orf-report-10610601> (abgerufen am 5.1.2020).

8 Siehe Huemer, P. (2019). Eine gefährliche Drohung? Kleine Zeitung; für eine ausführliche Diskussion (<https://www.neue.at/tribuene/2019/01/24/eine-gefaehrliche-drohung-2.neue>) (abgerufen am 1.5.2019).

9 <https://www.derstandard.at/story/2000098647513/warum-kickl-aus-aufnahmestellen-ausreisezentren-macht> (abgerufen am 5.1.2020).

ausreisen sollte. Dies mag zunächst recht absurd erscheinen; im Kontext einer äußerst restriktiven Migrationspolitik und einer explizit rassistischen Ausgrenzungsrhetorik gegenüber so genannten „illegalen Migranten“ weist diese Bezeichnung jedoch darauf hin, dass Asylsuchende nicht willkommen sind; ja, dass sie sofort wieder ausreisen sollten. Sie sind in Österreich nicht erwünscht. Man könnte sogar spekulieren, dass diese neue Bezeichnung ein geschickt gewählter Euphemismus ist, der in Wirklichkeit die Bedeutung von „Abschiebezentrum“ trägt.

Die Umbenennung von Anhaltezentren als „Rückkehr(verfahrens)zentren“ im neuen Koalitionsprogramm von 2020 ist daher ein weiteres Beispiel für die Verwendung von Euphemismen, um die Rassifizierung („racialization“) des Raumes zu verschleiern. Flüchtlinge, denen das Asyl verweigert wurde, wollen selten „zurückkehren“; vielmehr sind sie gezwungen, das Land zu verlassen, und werden bis zu ihrer Abreise festgehalten. Der Vorschlag schließlich, muslimischen Mädchen bis zum Alter von 14 Jahren das Tragen von Kopftüchern zu verbieten, steht in engem Zusammenhang mit einer rechtsextremen Geschlechterpolitik (siehe Wodak 2016), die die Grünen stets vehement abgelehnt hatten.

Diese Maßnahmen weisen darauf hin, dass die Grünen, die sich stets für Menschenrechte und liberale Werte eingesetzt haben, nun eine Politik mittragen (und damit auch akzeptieren), die sie zuvor abgelehnt hatten. Rote Linien wurden somit überschritten, explizit legitimiert, indem auf den erreichten Konsens zur Bekämpfung der Klimakrise verwiesen wurde, auf den die Grünen in den Koalitionsverhandlungen bestanden hatten. Außerdem gebe es, so ein weiteres Argument, keine Alternative zu dieser Regierung, da die national-konservative Volkspartei ÖVP 37 Prozent und die Grünen „nur“ 14 Prozent der WählerInnenstimmen erhalten hatten, seien letztere gezwungen gewesen, ein überwiegend national-konservatives Programm *nolens-volens* zu akzeptieren. Andernfalls, so die Argumentation, wären die Verhandlungen gescheitert.¹⁰ Wie dem auch sei: Kickls Vorschläge

sind mit dem bzw. in dem offiziellen Koalitionsvertrag der national-konservativ-grünen Regierung Österreichs akzeptabel geworden, d.h. sie sind normalisiert und verdeutlichen damit den „Rechtsruck“ der Mitte.

Den gordischen Knoten durchschneiden

In seinem Buch *Don't Think of an Elephant: Know Your Values and Frame the Debate* (2004), das auf die Wahlniederlage des damaligen demokratischen Kandidaten John Kerry gegen G.W. Bush bei den US-Präsidentenwahlen von 2004 eingeht, schlug der Linguist George Lakoff vor, alternative *Frames* (Rahmen) zu nutzen, um in Hinkunft einen erfolgreichen Gegendiskurs (zu dem konservativen, republikanischen) zu etablieren. Nur auf die *Frames* der US-Republikanischen Partei zu *reagieren*, käme einer garantierten Niederlage im Kampf um die Festlegung der Themensetzung gleich. Statt sich der Agenda der Republikaner entgegenzustellen, sollten die Demokraten also danach streben, ihre eigenen Themen zu setzen und ihre egalitäre Position zu wahren. Wenn man Lakoffs Ansichten berücksichtigt, so glaube ich, dass man – um nicht in die demagogische und politische Falle des Rechtspopulismus zu tappen – alternative Rahmen und eine alternative Agenda festlegen muss, alternative Konzepte verbreiten, alternative Antworten auf die aktuellen zentralen Herausforderungen liefern und sowohl neue als auch alte Werte wie Gleichheit, Vielfalt und Solidarität forcieren muss.

Alternative Politiken und Programme sollten ausgearbeitet werden, um WählerInnengruppen anzuziehen, die bisher vernachlässigt wurden oder sich vernachlässigt fühlen – einschließlich des Prekariats, der Teilzeitbeschäftigten, der Kleinunternehmen usw. Die Realität der Lohnarbeit hat sich drastisch ver-

der mit der rechtsextremen FPÖ, trotz aller Skandale, koalieren müssen; oder die ÖVP hätte auf eine Minderheitenregierung setzen müssen. Beide Varianten schienen den Grünen weniger tauglich als eine Koalition mit ihnen. Diese Varianten wurden auch von den Medien schlecht bewertet, eine türkis-grüne Koalition hingegen massiv gefordert, quasi als einzig mögliche „Rettung“ vor einer neuerlichen Koalition mit der FPÖ. Eine Koalition mit der sozialdemokratischen SPÖ schien aufgrund mangelnden gegenseitigen Vertrauens unmöglich – obwohl die Vorsitzende der SPÖ, Pamela Rendi-Wagner – mehrfach betonte, zu Koalitionsverhandlungen bereit zu sein. Was die wirklichen Beweggründe der Grünen waren, unter solchen Bedingungen doch eine Koalition zu schließen, bleibt letztlich Spekulationen überlassen.

10 Wären die Verhandlungen gescheitert, dann hätte die türkise ÖVP entwe-

ändert und verändert sich weiterhin rasant; politische Parteien und Gewerkschaften haben mit diesen Veränderungen nicht Schritt gehalten. Mehr Beteiligung, mehr Partizipation und Dialog sind auf allen Ebenen der Gesellschaft erforderlich. In diesem Zusammenhang sollte man auch darauf hinweisen, dass **bestimmte Arbeitsbedingungen die Gesundheit der Beschäftigten** gefährden oder schädigen und dadurch zusätzliche Kosten verursachen. All dies bedeutet, dass die vorherrschende neoliberale Leistungsideologie nicht als selbstverständlich hingenommen werden sollte.

Nicht in die Falle des Rechtspopulismus zu tappen, bedeutet auch, **alternative Muster der Medienberichterstattung** zu entwickeln bzw. aufrechtzuerhalten – weniger auf die Verstärkung skandalöser Vorfälle und geschickter Auftritte und Inszenierungen rechtspopulistischer Politiker ausgerichtet, sondern vielmehr darauf, sie zu kommentieren und als das zu entlarven, was sie sind: „**Das Kind also beim Namen zu nennen**“ (und etwa rassistische Äußerungen nicht zu relativieren oder zu verharmlosen)!

Es wäre sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass es Rechtspopulisten vor allem darum geht, **um jeden Preis auf die Titelseite** zu kommen. So zeigt beispielsweise eine rezente Studie über die flämischen und wallonischen rechtspopulistischen Parteien in Belgien, welchen Einfluss **verschiedene Formen der Medienberichterstattung** auf den Erfolg bzw. Misserfolg solcher Parteien haben (Coffé 2008, 2020; de Jonge 2019): Während die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen zu einem feindlichen Umfeld für rechtsextreme Parteien in Wallonien geführt haben, wo die Sozialdemokraten und die Medien gemeinsam einen effektiven *Cordon Sanitaire* gegen die Rechtsextremen geschaffen haben, ist in Flandern das Gegenteil der Fall. Dies bedeutet, dass populistische rechtsradikale Parteien es schwer haben, Wahlerfolge zu erzielen, wenn die Mainstream-Parteien und die Medien ihre Möglichkeiten und Chancen hierzu (*opportunity structures*) konsequent einschränken (Coffé 2020, 11).¹¹

Auch sollte man immer wiederkehrende Muster und immer **neue Verschwörungstheorien** identifizieren und diese auf einer Metaebene explizit dekonstruieren. Der Frame von „anything goes“ könnte also durch die **Aufdeckung eklatanter Lügen** eingegrenzt und begrenzt werden. Anstatt Angst zu betonen, bieten sich **Solidarität und Inklusivität** als positive Vorstellungen an. Nicht in die Falle zu tappen, würde also eine Politik der Solidarität statt einer Politik der Angst oder des Neids erfordern.

Die Debatte darüber, ob es sinnvoll ist, mit rechtsextremen WählerInnen und PolitikerInnen zu sprechen, ist meiner Meinung nach falsch angelegt. **Natürlich ist der Dialog wichtig**; und natürlich sollte man versuchen, mit Menschen, die nicht die eigene Meinung teilen, möglichst höflich und respektvoll zu reden. Aber jeweils in situationsadäquater Form. Talkshows sind anders gestaltet und inszeniert als andere Interaktionen, wo tatsächlich eine differenzierte Auseinandersetzung erfolgen könnte. In Talkshows geht es vor allem um Kampf und Sieg, selten um eine argumentative Auseinandersetzung.

Die Erfahrungen zeigen, dass solche **erfolgreichen Initiativen** möglich sind: So begegnete die Dresdner Museumsdirektorin Hilke Wagner den massiven Drohungen und Angriffen auf sich und das Museum, die von der AfD gestartet wurden, indem sie „jeden einzelnen Menschen, der sie mit Hass-E-Mails oder Anrufen ins Visier genommen hatte“, anrief. Sie berichtete, dass sie viele Missverständnisse ausräumen konnte. Sie institutionalisierte auch verschiedene Dialogformate und definiert das Museum nunmehr als einen der wenigen Orte, an denen es noch zu direkten Begegnungen kommen kann. Es gibt also durchaus Erfolgsgeschichten.¹²

mische rechtsextrem-populistische Partei Vlaamsblok verloren. In Wallonien hingegen hielten die Sozialdemokraten an einer traditionellen linken Agenda fest (ebd., 184). Darüber hinaus gaben die Medien der rechtspopulistischen Agenda viel weniger Gewicht als in Flandern. Dennoch sind Verallgemeinerungen natürlich nur bis zu einem gewissen Grad möglich.

11 Wie Coffé (2008, 190) erklärt, haben die flämischen Sozialdemokraten den sogenannten „Dritten Weg“ gewählt und damit viele Stimmen an die flä-

12 Siehe https://www.theguardian.com/artanddesign/2020/jan/07/how-to-fight-the-far-right-invite-them-in-the-german-museum-taking-on-hate?CMP=Share_iOSApp_Other (abgerufen am 7.1.2020).

Dennoch müssen **Bedrohungen ernst genommen und nicht relativiert werden**. Wie das Sprichwort sagt: „Man sollte die Dinge beim Namen nennen“. Wenn jemand eine diskriminierende, rassistische, fremdenfeindliche, sexistische, antisemitische oder homophobe Bemerkung macht, sollte er/sie sofort zur Verantwortung gezogen werden.

Wenn es Antidiskriminierungsgesetze gibt, müssen entsprechende **Gesetzesbrüche vor Gericht** gebracht werden. Viele in der Vergangenheit gemachte Erfahrungen haben gezeigt, dass sich rechtsextreme Bewegungen manchmal radikalieren und körperliche Gewalt anwenden. Mehrere Bürgermeister von deutschen Kleinstädten, insbesondere in Gebieten der ehemaligen DDR, wurden von Neonazis und Rechtsextremisten ins Visier genommen und erhielten Morddrohungen. Einige von ihnen sind unter diesem Druck zurückgetreten, der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wurde ermordet, andere bleiben und wehren sich gegen solche Angriffe: In einem Fall berichten Zeitungen: „Er ist Bürgermeister einer Stadt in Nordrhein-Westfalen und er hat Angst. So viel, dass er einen Waffenschein beantragt hat. Um sich vor Neonazis zu schützen, von denen er sich seit dem Europawahlkampf im Mai 2019 massiv bedroht fühlt. Und um nicht wehrlos einem rechten Attentäter gegenüberzustehen wie der im Juni erschossene Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke. Seinen Namen will der Mann auf keinen Fall in der Presse genannt sehen.“¹³

Nicht in die Falle zu tappen bedeutet auch, **typischen Strohhalm-Trugschlüssen entgegenzutreten**, wie z.B. der Behauptung, dass „die Meinungsfreiheit bedroht ist“, dass „politische Korrektheit das zensiert, was man sagen will“, usw. Tatsächlich gibt es in liberalen Demokratien Meinungs- und Pressefreiheit, solange die Gesetze gegen Verhetzung, Verleumdung, Diskriminierung, usw. nicht übertreten werden. Solchen Irrtümern muss energisch entgegen gewirkt werden, da der Begriff „politische Kor-

rektheit“ nun als polemischer Kampfbegriff in politischen Debatten verwendet wird, um jede Art von Kritik zum Schweigen zu bringen.

Darüber hinaus ist es wichtig, **nicht mehr zu verallgemeinern** und scheinbar homogenen Gruppen spezifische Merkmale zuzuschreiben, d.h. „Alle Amerikaner, Muslime, Israelis, Briten, Österreicher, Roma oder Juden tun oder sind X“. Gruppen sind niemals homogen; eine solche Rhetorik dient nur dazu, gefährliche Stereotypen zu verstärken und fortzuschreiben. Reale Komplexität sollte daher nicht vereinfachten Dichotomien weichen, die häufig zur trügerischen „Erklärung“ schwieriger Phänomene verwendet werden.

Schließlich ist es wichtig, nicht mehr auf das **rechtspopulistische Perpetuum Mobile** zu reagieren, oder sich der rechtspopulistischen Agenda anzupassen und der Versuchung zu widerstehen, aus Angst vor dem Verlust von WählerInnen auf den rechtspopulistischen Zug aufzuspringen. Stattdessen sollten die Parteien **alternative Positionen formulieren oder ihre traditionelle Position beibehalten oder sogar neu beleben**: Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Bildung, Mehrsprachigkeit, Vielfalt und Solidarität – allesamt grundlegende europäische Werte, wie bereits in der Kopenhagener Erklärung von 1973 festgehalten – (neu) zu formulieren, und zwar in einer Weise, die auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts abgestimmt ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der Rechtspopulismus in all seinen Spielarten in vielen europäischen Ländern und darüber hinaus – oft schamlos – als eine politische Strömung im Mainstream normalisiert hat. Es ist daher letztlich banal immer wieder zu betonen, dass die jeweiligen Politiken und Strategien, Ideologien und Vorstellungen „ernst“ genommen werden müssen. Hingegen müssen die vielen Textsorten, in denen solche Politiken verbreitet werden, sorgfältig untersucht werden, um den Wahlerfolg solcher Parteien sowie die Normalisierung ihrer Rhetorik, ihrer Argumente und ihrer Politik zu verstehen; ebenso gilt es zu verstehen, warum sie so viele junge und alte, männliche und weibliche WählerInnen in man-

¹³ Siehe <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-muenchen/buergermeister-drohungen-101.html> (abgerufen am 15.1.2020); <https://www.tagesspiegel.de/politik/buergermeister-in-angst-bedrohung-von-lokalpolitikern-wird-zum-flaechenproblem/25397666.html> (abgerufen am 15.1.2020).

chen Kontexten ansprechen, in anderen jedoch nicht. Die genaue und systematische kritische Analyse der Ausgrenzungsrhetorik, der Körper- und Grenzpolitik, der Geschlechterpolitik, der Instrumentalisierung antisemitischer und antimuslimischer Ressentiments, der revisionistischen Vergangenheitspolitik – all dies trägt dazu bei, die Normalisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen – lokal, national, transnational und global – nachzuvollziehen und adäquate und effektive Gegendiskurse zu entwerfen. ■

Bibliographie

- Coffé, H. (2008) 'Social Democratic parties as buffers against the extreme right: the case of Belgium', *Contemporary Politics* 14/2: 179-95.
- Coffé, H. (2020) 'The Curious Case of Belgium: Why is there no right-wing populism in Wallonia? Government and Opposition (in Druck).
- De Jonge, L. (2019) 'The Populist Radical Right and the Media in the Benelux: Friend or Foe?' *The International Journal of Press/Politics* 24/2: 189-209.
- Guilleron, G. (2010) *Langue de bois (Au pied de la lettre)* Paris: Édition First.
- Klemperer, V. (2015) *LTI*. London: Routledge.
- Krzyżanowski, M. (2020) 'Discursive shifts and the normalization of racism: Imaginaries of immigration, moral panics and the discourse of contemporary right-wing populism.' *Social Semiotics* 30 (in press).
- Krzyżanowski, M. und Ledin, P. (2017) 'Uncivility on the Web. Populism in/and the Borderline Discourses of Exclusion.' *Journal of Language and Politics* 16/4: 566-581.
- Lakoff, G. (2004) *Don't Think of an Elephant: Know Your Values and Frame the Debate*. White River Junction, VT: Chelsea Green.
- Link, J. (2018) *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne*. Göttingen: V&R.
- Link, J. (2019) 'Hilfloser Antipopulismus? Populismus als Krisensymptom der medialen Normaldemokratie', in: Mayer, R. and Schäfer, A. (Hrsg.) (2019) *Populismus – Aufklärung – Demokratie*. Baden-Baden: Nomos, 139-156.
- Manucci, L. und Weber, E. (2017) 'Why the big picture matters: Political and Media Populism in Western Europe since the 1970s?' *Swiss Political Science Review* 23/4: 313-334.
- Mudde, C. (2019b) 'The 2019 EU Elections: Moving the Center' *Journal of Democracy* 30/4: 20-34.
- Müller, J.-W. (2018) 'What Happens When an Autocrat's Conservative Enablers Finally Turn on Him? Right-wing European politicians rebuked Hungary's Viktor Orbán. But that could radicalize him even more.' *The Atlantic* (<https://www.theatlantic.com/international/archive/2018/09/orban-hungary-europe-populism-illiberalism/570136/>).
- Rheindorf, M. (2019a) *Revisiting the Toolbox of Discourse Studies*. Basingstoke: Palgrave.
- Rheindorf, M. (2019b) 'Disciplining the Unwilling: Normalization of (Demands for) Punitive Measures against Immigrants in Austrian Populist Discourse'. In: Kranert, M. und Horan, G. (Hrsg.) 'Doing Politics': Discursivity, performativity and mediation in political discourse. London: Benjamins.
- Rheindorf, M. und Wodak, R. (2018) *Borders, fences and limits – protecting Austria from refugees. Metadiscursive negotiations of meaning in the current refugee crisis*. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16/1-2: 15-38. [org/10.1080/15562948.2017.1302032](http://dx.doi.org/10.1080/15562948.2017.1302032).
- Rheindorf, M. und Wodak, R. (2019) 'Austria First' Revisited: A Diachronic Cross-Sectional Analysis of the Gender and Body Politics of the Extreme Right. *Patterns of Prejudice* 53/3: 302-320.
- Schwörer, J. (2018) 'Populistization' of Mainstream Parties? Evidence for populist contagion in Italy' (Working Paper for the ECPR General Conference), Hamburg.
- Triandafyllidou, A., Krzyżanowski, M. und Wodak, R. (Hrsg.) (2018) *The Mediatization and the politicization of the "Refugee Crisis" in Europe (special issue)*. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16/ 1-2.
- Wodak, R. (2015) *The Politics of Fear. What right-wing populist discourses mean*. London: Sage (deutsche Übersetzung: 2016, *Politik mit der Angst*. Berlin: Konturen).
- Wodak, R. (2018) 'Vom Rand in die Mitte – "Schamlose Normalisierung"', *Politische Vierteljahres Zeitschrift* 75. DOI: 10.1007/s11615-018-0079-7.
- Wodak, R. (2019) 'Und täglich grüßt „das Silberstein“', in Hofer, Th. und Tóth, B. (Hrsg.) (2019) *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale*. Wien: Ecowin, 223-238.
- Wodak, R. (2020) *The Politics of Fear. The shameless normalization of far-right populist discourses*. London: Sage (2. erweiterte und veränderte Auflage, in Druck).